

COVID-19 in der Arktis

Wie die neue EU-Arktispolitik die Pandemie berücksichtigen sollte

von Jacqueline Goetze und Dorothea Wehrmann,
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)



Die aktuelle Kolumne

vom 21.12.2020

d·i·e

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute



Die Auswirkungen der Pandemie bestimmen weltweit die Jahresrückblicke: Plötzlich und unerwartet ist die „Corona-Krise“ in unseren Lebensalltag gerückt und ein neuer Fluchtpunkt für die politische Zusammenarbeit geworden. Andere globale Herausforderungen wie der Klimawandel scheinen oftmals weniger akut. Anders in der Arktisregion, in der dringender Handlungsbedarf sowohl im Umgang mit der „Corona-Krise“ als auch bei den transformativen Auswirkungen der „Klima-Krise“ besteht. Markus Rex, Leiter der MO-SAiC-Arktis-Expedition, beschreibt den Klimawandel mit eindringlichen Worten: „Das Eis der Arktis stirbt.“ Gleichzeitig erkranken in der abgelegenen Region immer mehr Menschen an COVID-19, deren medizinische Versorgung eine besondere Herausforderung darstellt. Für die EU, die im nächsten Jahr im Rahmen des europäischen Grünen Deals eine neue Arktispolitik verabschieden wird, gilt es deshalb, das aktuelle Momentum der politischen Zusammenarbeit aufzugreifen, um die „Corona-“ und die „Klima-Krise“ in der Arktis und global wirksam zu bekämpfen.

„Für die EU, die im nächsten Jahr im Rahmen des europäischen Grünen Deals eine neue Arktispolitik verabschieden wird, gilt es, das aktuelle Momentum der politischen Zusammenarbeit aufzugreifen, um die „Corona-“ und die „Klima-Krise“ in der Arktis und global wirksam zu bekämpfen.“

„Was in der Arktis geschieht, bleibt nicht in der Arktis. Es betrifft uns alle.“ – so deutlich formulierte der EU-Kommissar für Umwelt, Meere und Fischerei, Virginijus Sinkevičius die Bedeutung der Region kürzlich beim Launch der öffentlichen Konsultation zur neuen EU-Arktispolitik. Die EU will mit einer „klaren und kohärenten Arktispolitik“ zukünftig eine Vorreiterrolle übernehmen. Damit das gelingen kann, muss die EU die Erfahrungen aus der Pandemie unbedingt berücksichtigen. Denn durch COVID-19 haben sich bestehende Ungleichheiten und Herausforderungen in der Region verstärkt – insbesondere in den Bereichen Infrastruktur und Gesundheitsversorgung. Gemeinschaften, die in der Arktis weit entfernt von größeren Gesundheitszentren leben, sind während der Pandemie beispielsweise mehr denn je auf die begrenzte (auch digitale) Infrastruktur angewiesen. Hohe Transportkosten, Grenzsicherungen und unterbrochene Lieferketten sind für die Menschen nicht selten lebensbedrohlich.

Lokale Ansätze, wie der gemeinsam mit indigenen Wissensträger*innen entwickelte One Health-Ansatz für die Arktis,

der die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt zusammendenkt, tragen zu einem besseren Verständnis von kurz- und langfristigen Folgen der „Klima-“ und „Corona-Krise“ bei. Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie schwächen allerdings die lokalen Strukturen. Wichtige Einnahmen fallen durch Einbrüche im Handel, Tourismus und in der Ressourcenschließung weg. Zugleich schwächt die historisch hohe Arbeitslosigkeit viele Regionen in der Arktis. Die EU sollte Foren fördern, die zu einem pan-regionalen Austausch unter Einbeziehung lokaler Akteure und Institutionen beitragen, um Herausforderungen transnational zu beraten und Lösungsansätze inklusiv zu formulieren. Vor diesem Hintergrund kann eine Verstärkung des EU-Arktis-Forums, das gemäß der EU-Arktispolitik von 2016 als „zeitweiliges Forum“ gegründet wurde, einen wichtigen Impuls in der neuen EU-Arktispolitik setzen. Das Forum folgte einem Multi-Stakeholder-Ansatz, ermöglichte Diskussionen über regionale Entwicklungen und konzentrierte sich insbesondere auf die Themen internationale Zusammenarbeit sowie Klimawandel.

Zugleich sollte die EU ihr bisheriges Engagement in der Region fortsetzen – insbesondere die Förderung von Forschungsaktivitäten. Diese sind essentiell, um die komplexen regionalen Veränderungsprozesse besser zu verstehen und ein wesentlicher Beitrag zur transnationalen Zusammenarbeit in der Arktis, den die EU leistet. Auch die multilaterale Zusammenarbeit in dem bedeutsamsten intergouvernementalen Forum der Region, dem Arktischen Rat, zeichnet sich vor allem durch herausragende Erfolge im Bereich der Wissensgenerierung aus. Bereits im Sommer stellte der Arktische Rat einen umfassenden Bericht zu den Auswirkungen der Pandemie in der Arktis vor, der gemeinsam mit lokalen und indigenen Wissensträger*innen entwickelt wurde. Auf dessen Grundlage hat der Rat im November Maßnahmen zum Umgang mit den Auswirkungen der Pandemie beraten. Diese ‚Methode‘ kooperativer Wissensgenerierung und informierter politischer Umsetzung ist für das Forum aber kein Neuland, sondern stellt auch die Richtschnur im Bereich des Klimawandels dar. Ein Blick in die Arktis ‚lohnt‘ also – und kann viele Beispiele für erfolgreiche transnationale (Wissens-) Zusammenarbeit für die Bewältigung globaler Krisen aufzeigen, die auch für die EU relevant sind.

Die Treibhausgase in der Atmosphäre haben in diesem Jahr erneut einen Rekordwert erreicht. Prioritäten in der politischen Zusammenarbeit können schnell angepasst werden – das hat die Corona-Pandemie gezeigt. Hoffentlich stehen statt der negativen Auswirkungen der Pandemie erfolgreiche Bewältigungsstrategien im Zentrum der Jahresrückblicke im nächsten Jahr, die Vorbild für den Umgang mit anderen Krisen sind – in der Arktis und weltweit.